
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

REGIERUNGSERKLÄRUNG DES KULTUSMINISTERS

26.09.2017

- **Geduld in der Schule ist eine Tugend, aber in der Bildungspolitik ist ein wenig Ungeduld eher notwendig als ein gepflegtes Phlegma**

Anlässlich der Regierungserklärung des Kultusministers kritisierte Wolfgang GREILICH, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, deutlich die ambitionslose Bildungspolitik der Landesregierung. Er erklärte: „Die Hessische Landesregierung verschließt die Augen vor der Realität und braucht zu lange, um Probleme zu erkennen und anzugehen. Und dies ist auch kein Wunder: Denn nach mehr als dreieinhalb Jahren schwarz-grüner Bildungspolitik konnte Hessen als Bildungsland keinen Schritt nach vorne machen. Die Situation an Hessens Schulen ist schwieriger denn je. Herausforderungen wie Lehrermangel, zunehmende Heterogenität, Inklusion und die Beschulung von Seiteneinsteigern müssen aktiv angegangen werden. Stattdessen wird abgewartet. Wir vermissen den Tatendrang, der notwendig ist, um bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Dabei benötigen die Schulen vor allem eine bedarfsgerechte und angemessene Personalausstattung. Sie benötigen die besten Lehrerinnen und Lehrer, die sich ihrer Arbeit widmen können und nicht an die Grenzen ihrer Belastung gebracht werden und deren Sorgen ernst genommen werden. Von „Herausforderungen meistern“ und „Bildungsqualität stärken“ ist nichts zu erkennen.“

Weiter erklärte Greilich:

„Ein klares Bekenntnis zur Digitalisierung gibt es auch nicht. Aber das wundert nicht, denn einige in der Koalition erachten es als zukunftsweisend, Computer aus den Schulen herauszutragen und Onlineverbindungen zu kappen. So ist die Zukunft offenkundig nicht zu gestalten. Hessen belegt bei der Umsetzung der Digitalisierung den drittletzten Platz.“

Das ist die traurige Realität. Wir brauchen dringend den Aufbruch in die digitale Zukunft, damit wir nicht zum digitalen Entwicklungsland werden. Wir brauchen eine Anpassung der Aus- und Weiterbildung, die Berücksichtigung bei der Vermittlung und das technische Know-how sowie vordringlich eine gescheite Infrastruktur. Alles Aufgaben, die keinen weiteren Aufschub dulden.

Wir haben die Aufgabe, bestmögliche Bildung von Beginn an zu ermöglichen und müssen alles unternehmen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Es geht um die jüngsten Schülerinnen und Schüler. Hier hat die Landesregierung geschlafen und noch zusätzliche Probleme mit sinnlosen Stellenumlenkungen geschaffen. Der Umgang mit der Situation an den Grundschulen und mit dem Lehrkräftemangel ist leider symptomatisch. Die nun eingeleiteten und angekündigten Maßnahmen sind ein überfälliger Anfang. Aber es reicht nicht aus, die Stellen rein rechnerisch bereitzustellen. Wichtig ist, dass die Qualität nicht darunter leidet. Dies wäre verantwortungslos gegenüber Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften und gegenüber den Familien. Deshalb kann es nicht sein, dass Brücken zwischen Theorie und Praxis bei dem Wechsel des Lehramtes eventuell noch geschlagen werden müssen. Schon wieder wird abgewartet! Schon wieder wird vertröstet! Wir Freien Demokraten erwarten offensives Handeln und brauchen ein Konzept für alle, die von einem Lehramt ins andere wechseln wollen. Hier müssen spezielle Angebote realisiert werden. Es ist eben nicht einerlei, ob man Mathe und Sport, Deutsch, Geschichte und Geographie an Haupt-, Real- oder Gymnasium unterrichten möchte und das darauf angelegte Studium absolviert hat oder ob jemand den jüngsten Schülerinnen und Schülern Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen soll. Aber diese Erkenntnis fehlte ja schon in der Frage der Alphabetisierung von Seiteneinsteigern. So mangelt es erneut an der Unterfütterung und Substanz des Maßnahmenkatalogs.

Mit Sicherheit ist Geduld in der Schule eine Tugend, aber in der Bildungspolitik ist ein wenig Ungeduld eher notwendig als ein gepflegtes Phlegma, welches nun schon mehr als drei Jahre anhält. Dies ist verantwortungslos und wird auf dem Rücken der Zukunft unserer Kinder ausgetragen. Dies hat kein Kind verdient und dies haben auch unsere Lehrkräfte nicht verdient.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de